Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

Band: 94 (1968)

Heft: 1

Illustration: [s.n.]

Autor: Wessum, Jan van

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 27.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ergebnis einer Leserumfrage

Der Tatbestand

Vor den Nationalratswahlen geschah es an einer Diskussion von Nationalratskandidaten am Radio, daß sich die Herren verschiedener politischer Färbung gegenseitig Fragen stellten, daß aber der Vertreter der PdA einfach übergangen, von seinen Partnern ignoriert wurde. Nach den Gründen dieses Verhaltens befragt, erklärte ein Kandidat, er habe keinen Anlaß, mit einem Vertreter der PdA zu diskutieren, diese Partei beziehe ihr Gedankengut aus dem Ausland.

Der Nebelspalter stellte daraufhin die Frage, ob diese Haltung richtig oder falsch gewesen sei.

Das Ergebnis

Zu dieser Frage hat sich eine erstaunlich große Zahl von Lesern geäußert.

Genau 66 %, darunter 3 Frauen, waren der Auffassung, man habe zu Recht mit dem PdA-Mann nicht geredet.

33 %, darunter 4 Frauen, waren gegenteiliger Meinung: auch mit dem Vertreter der PdA hätte man reden müssen.

Das Verhältnis steht 2:1 fürs Ignorieren.

Die eine Seite

«Ich hätte mit ihm gesprochen, ihn aber so in die Enge getrieben, daß er froh gewesen wäre, wenn ich ge-schwiegen hätte», schrieb eine Da-me. (E. v. R., Niederbipp.)

Eine andere Frau (M. M., Zürich) meinte: «Ich hätte mich aus menschlichem Anstand an ihn gewendet. Dies würde meiner Meinung nach den demokratischen Spielregeln bedeutend besser gerecht als Ueberheblichkeit.»

Politische Fairness, Anstand und die Tatsache, daß Auseinandersetzung nicht einfach in Schweigen bestehen könne - das waren die Gründe, welche Leser dazu bewogen haben, für ein Gespräch zu votieren.

Dazu kam vielfach noch ein weiteres Anliegen, das u.a.

F. R., Herzogenbuchsee so formulierte: «Wer eine solche Gelegenheit verpaßt, einem Moskauhörigen vor großer Zuhörerschaft unangenehme Fragen zu stellen, ist noch nicht reif genug ...»



Hersteller: Brauerei Uster

Also reden, um bloßzustellen. Oder

Frau F., Sursee, meint: «Die PdA als Opposition anerkennen (und damit auch mit ihr reden), ... denn es ist vieles faul im Staate Schweiz!»

Und schließlich (von W.S., Zürich) eine kühl logische Ueberlegung: «Wer sich für eine Diskussion zur Verfügung stellt, muß auch diskutieren.»

Und dann die vielen, vielen Aeußerungen in der Art: «Der PdA-Mann ist vom Volke gewählt. Die PdA ist eine rechtmäßige Partei. Also!»

Und: «Ohne Diskussion mit Andersdenkenden kein Fortschritt – ohne Diskussion keine wahre Demokratie.» (Th. M., Bern.)

Ein Einsender allerdings machte eine Einschränkung. Er ist zwar für ein Gespräch, «aber keinesfalls im Rahmen einer zeitlich beschränkten Sendung».

Und contra

W. G., Davos, schrieb grundsätz-lich: «Eine politische Diskussion in der Demokratie kann eo ipso nur die Gestaltung des öffentlichen Lebens auf demokratischer Grundlage beleuchten. Der Kommunist will aber nicht diese Grundlagen verwirklichen, er will sie durch ein totalitäres System ersetzen. Solange er die Demokratie als solche in Frage stellt, ist ein politisches Gespräch mit einem Kommunisten gar nicht möglich. Wenn ich zu einem

solchen Gespräch nein sage, verneine ich damit nicht die Toleranz; mein Nein gilt dem Leerlauf.»

Frau E. W., Lohn, denkt praktisch: «... Einen (kommunistischen) Politiker, der erfahrungsgemäß immer wieder die Wahrheit oder die Diskussionsbasis um 180 Grad verdreht, muß man boykottieren ...»

Unzählige antworteten (wohl deshalb) mit der Feststellung: «mit solchen Leuten kann man nicht diskutieren ... » (E. R., Thalwil.)

Eine größere Zahl von Lesern dachten à la «Aug um Auge»:

«Wir haben im Osten auch keine Möglichkeit, unsere politische Ueberzeugung an den Mann zu bringen.» (H. E., Bern.)

Um wieder zu einer Gruppe mit grundsätzlichen Argumenten zu kommen:

H. L. in W. ist ihr Wortführer, wenn er schrieb: «Die PdA bezieht nicht nur ihr Gedankengut aus dem Ausland, sondern nimmt von dort Befehle und Anweisungen entgegen.

Deshalb würde auch ich es ablehnen, mit einem ihrer Vertreter zu

Ein anderer schrieb es kürzer und bündiger: «Mit Marionetten kann man gar nicht diskutieren.»

Die Frage, ob Verzicht auf Diskussion Mangel an Toleranz bedeute, bewegte einige Leser. W. B., Nidau, fragte ironisch: «Der PdA-Mann wäre also der bessere Demokrat, nur weil er offensichtlich zu diskutieren bereit war?» Und H.G. aus Ins stellte fest: «Toleranz bedeutet für einen Kommunisten Schwäche.»

H.B. aus St. Gallen schließlich meinte: «Wer glaubt, unter dem Banner des Demokratischen jeden zu einer Diskussion mit jedem nötigen zu müssen, der strapaziert den Begriff Demokratie allzusehr.»

Die Auswahl aus dieser Gattung von Zuschriften sei beschlossen mit der Feststellung von P. U., Kriegstetten: «Daß die PdA-Leute andern politischen Ansichten huldi-gen, ist ihr gutes Recht. So wie es unser gutes Recht ist, darauf zu

